

VOLKS BLATT SPLITTER

Medienkonzentration in Italien angeprangert

STRASSBURG – Das EU-Parlament hat die Kontrolle der Medien in Italien durch Regierungschef Silvio Berlusconi angeprangert. Die Europäische Volkspartei (EVP), in der die 23 Europaabgeordneten von Berlusconis Partei Forza Italia sitzen, boykottierte die Abstimmung. Die «Konzentration von wirtschaftlicher, politischer und Medienmacht in den Händen eines Mannes» sowie die direkte oder indirekte Kontrolle der landesweit ausstrahlenden Fernsehsender durch die Regierung sei in der EU eine «Besonderheit», rügte das Europa-Parlament am Donnerstag in einer Entschliessung. Die italienische Regierung habe sich mehrfach in die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Senders RAI eingemischt. Druck ausgeübt, sogar auf satirische Programme Einfluss genommen und unbotmässige Mitarbeiter entlassen, heisst es in der Stellungnahme des EU-Parlaments. (sda)

Illegale Einwanderung weiter erschweren

LONDON – Die britische Regierung hat eine Reihe neuer Massnahmen gegen die illegale Einwanderung angekündigt. Illegal in Grossbritannien arbeitenden Ausländern soll es damit erschwert werden, sich eine Aufenthaltsgenehmigung zu beschaffen. Innenminister David Blunkett erklärte am Donnerstag in London, unter anderem sollten Standesbeamte künftig Paaren die Trauung verweigern dürfen, wenn der Verdacht einer Scheinehe besteht. Der Minister kündigte zudem die Überprüfung von Sprachschulen an, die Kurse für Ausländer anbieten. Viele der illegal in Grossbritannien arbeitenden Ausländer schreiben sich zunächst an den Hochschulen oder Sprachschulen des Landes ein, um so an ein Studentenvisum zu kommen.

In mehreren Fällen hatten private Sprachschulen nur zum Schein Kurse angeboten. Dieser Praxis will die britische Regierung nun einen Riegel vorschieben. (sda)

Mögliches Referendum

CARACAS – In Venezuela hat die Wahlbehörde ein Referendum über die Absetzung des umstrittenen Staatspräsidenten Hugo Chávez unter Vorbehalt gebilligt.

Als Termin wurde der 8. August festgelegt. Voraussetzung ist aber, dass es der Opposition gelingt, zwischen dem 27. und dem 31. Mai noch Hunderttausende für die Antragsbilligung benötigten Unterschriften zu sammeln. Regierung und Opposition erklärten sich mit der Entscheidung einverstanden. Von den 3,4 Millionen Unterschriften, die die Opposition übergab, wurden bislang nur gut 1,9 Millionen anerkannt. (sda/dpa)

Aufstockung der Truppen

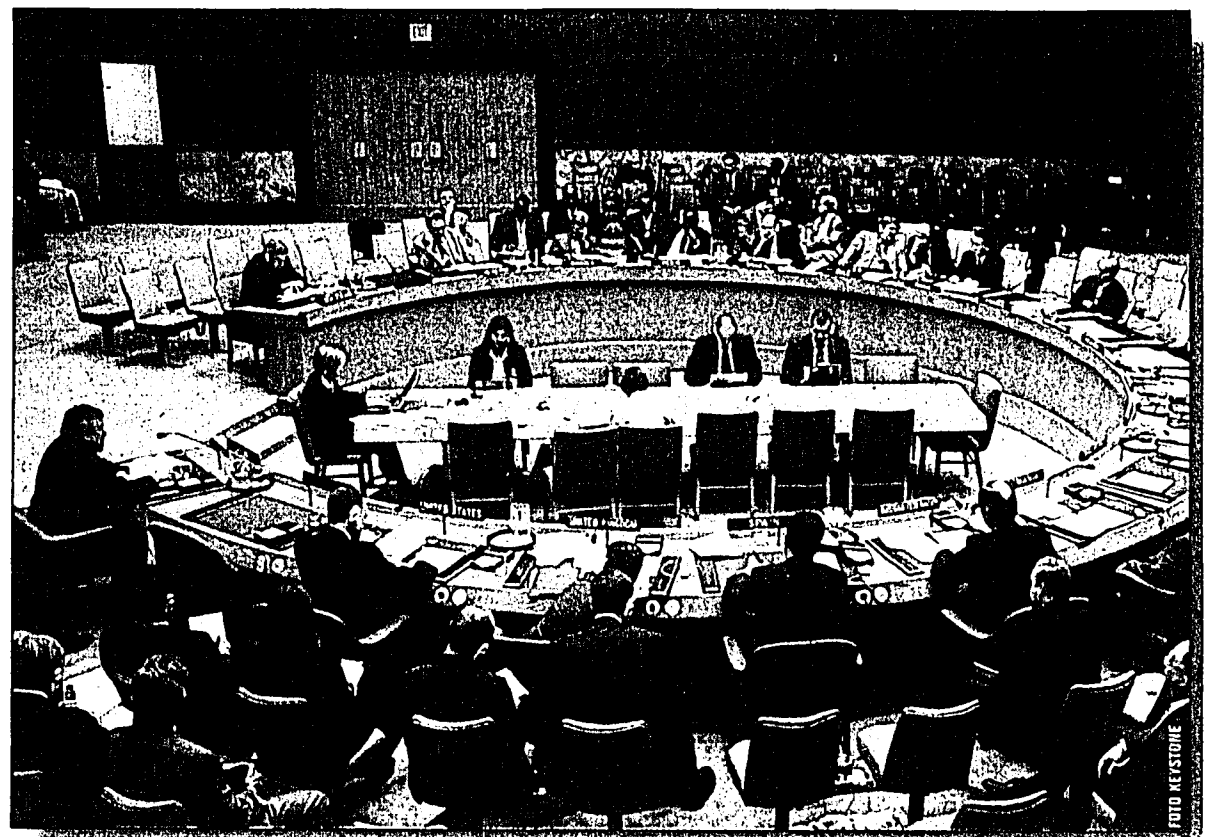
US-Generalstabschef Richard Myers erwägt eine Aufstockung der US-Truppen

WASHINGTON/BAGDAD – Angesichts der ausser Kontrolle geratenen Sicherheitslage im Irak hat US-Generalstabschef Richard Myers eine Aufstockung der US-Truppen in Aussicht gestellt.

Derzeit überprüfe der Oberkommandierende im Irak, John Abizaid, ob zusätzliche Soldaten benötigt würden, sagte Myers vor einem Kongressausschuss in Washington. Die Entscheidung werde zu einem grossen Teil davon abhängen, wie sich die Lage in der irakischen Widerstandshochburg Falludscha entwickle. Wie ein ranghoher US-Militär in Bagdad mitteilte, wurden bei den erneut aufgeflamten Kämpfen in Falludscha am Mittwoch 36 Aufständische getötet. Die Kämpfe seien «sehr intensiv», aber «örtlich sehr begrenzt» gewesen.

4,7 Milliarden monatlich

Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz sagte, die USA müssten «sehr tief graben», falls die Entsendung zusätzlicher Truppen erforderlich sein sollte. Der Militäreinsatz im Irak verschlingt seinen Angaben zufolge monatlich 4,7 Milliarden Dollar. Der Rückzug Spaniens aus den Koalitionsreihen sei Anlass zu «echter Sorge», sagte Wolfowitz. US-Regierungsbeamte kritisierten den spanischen Abzug



Angesichts der Sicherheitslage im Irak berät der US-Sicherheitsrat die Aufstockung der Truppen.

mit scharfen Worten. Der Abzug erfolge überhastet und könne Leben aufs Spiel setzen, zitierte die «Washington Post» am Donnerstag Regierungsbeamte.

Moratinos beschwichtigt

Spaniens neuer Aussenminister Miguel Angel Moratinos versicherte bei seinem ersten Treffen mit sei-

nem US-Amtskollegen Colin Powell in Washington, Spanien und die Vereinigten Staaten würden auch nach dem angekündigten Abzug der spanischen Soldaten «sehr, sehr enge Verbündete» sein. Polen plant nach den Worten seines Verteidigungsministers Jerzy Szmajdzinski indes keine «substanzielle Verkleinerung» seines Truppen-

kontingents vor den für Ende Januar geplanten Wahlen. Allerdings hänge dies von der politischen Lage nach der Machtübergabe am 30. Juni ab, sagte Szmajdzinski in Warschau.

Am Mittwoch hatte der scheidende Regierungschef Leszek Miller Zweifel am Engagement Polens im Irak aufkommen lassen. (sda)

Schweizer «Irak-Geiseln» wieder frei

Unbekannte Gruppe hielt Schweizer Ehepaar fest

BAGDAD – Ein Schweizer Ehepaar, das am Dienstag im Irak «verschwunden» war, ist am Donnerstag freigelassen worden. Die beiden Schweizer hatten sich laut Aussenministerin Micheline Calmy-Rey in den Händen einer unbekannt Gruppe befunden.

Wie Botschafter Peter Sutter, Leiter der Politischen Abteilung VI im Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten, am Donnerstag anlässlich der Jahresmedienkonferenz von Bundesrätin Calmy-Rey in Bern erklärte, sind die beiden Schweizer für eine ausländische Nichtregierungsorganisation tätig. Offenbar habe die unbekannt



Laut Aussenministerin Micheline Calmy-Rey hatten sich die beiden Schweizer in den Händen einer unbekannt Gruppe befunden.

Gruppe wissen wollen, welche Arbeiten die NGO im Irak ausführe. Dank der «guten Kontakte» von Martin Aeschbacher, Leiter des Schweizer Verbindungsbüros in Bagdad, seien die beiden am Donnerstagsmorgen frei gekommen, hiess es weiter. Die Schweizer seien nicht entführt, sondern «weggeführt» worden. Das EDA sei seit Mittwoch informiert gewesen. Die Situation im Land erlaube den vier Mitgliedern des Verbindungsbüros die Fortführung ihrer Arbeit in der irakischen Hauptstadt, sagte Calmy-Rey. Dazu gehören die Koordination der humanitären Hilfsleistungen, konsularische Aufgaben sowie Pflege und Aufbau von Kontakten vor Ort. (AP)

ANZEIGE

VOLKSGARD

GÜNSTIGER GEHTS NICHT

Welfare Infos
www.volksgard.ch

Profitieren Sie als VOLKSBLATT-Abonnent von Vorzugspreisen

POWERED BY VOLKSBLATT

Rollende Bombe

Möglicherweise Tausende Tote

SEOUL – Bei einer verheerenden Bahnkatastrophe in Nordkorea sind am Donnerstag beim Zusammenstoss zweier Gefahrgutzüge möglicherweise bis zu 3000 Menschen ums Leben gekommen oder verletzt worden.

Südkoreanische Medien berichteten unter Berufung auf Augenzeugen von einer gewaltigen Explosion im Bahnhof Ryongchon nahe der chinesischen Grenze. Die Züge hätten Treibstoff und Flüssiggas geladen. Die Regierung des kommunistischen Landes habe eine «Art Notstand» über das Unglücksgebiet verhängt.

Die internationalen Telefonleitungen seien unterbrochen worden.

Informationen über das Unglück flossen nur spärlich. Bewegte Bilder vom Ort des Infernos gab es zunächst nicht. In dem abgeschoteten Norden der geteilten koreanischen Halbinsel schwiegen zunächst die amtlichen Medien.

Doch muss sich den Menschen und Rettungsmannschaften an der Unglücksstelle den südkoreanischen Berichten zufolge ein entsetzliches Bild gezeigt haben: «Die Station war zerstört wie nach einer Bombardierung», berichtete Yonhap. Trümmerteile der Züge flogen danach kilometerweit durch die Luft. Auch herrschte Unklarheit darüber, wie die Opfer an der Unglücksstelle versorgt oder geborgen wurden. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Überwachung der Sammelstellen

DORNBIERN – 140 «Müllsünder» wurden im Rahmen einer Überwachungsaktion der Dornbirner Sammelstellen im vergangenen Jahr bei der illegalen Entsorgung von Restmüll ertappt. Die laufende Verschmutzung der Sammelstellen veranlasste die Stadt zur stichprobenartigen Überwachung. Die Kontrolle findet jährlich in zwei Etappen statt. 24% der Erwischten kommen nicht aus Dornbirn. Weiters entsorgten mehr als 30% der ertappten Müllsünder ihren Abfall ausserhalb der Einwurfszeiten. Mit den Kontrollen sollte die

Trennmoral in der Bevölkerung verbessert werden, aber auch die Kosten, die durch die illegal abgelagerten Müllmengen für die Stadt Dornbirn entstehen, sollten reduziert werden.

